

KLARTEXT.

Zeitung für Oberhausen

April 2023

www.cdu-oberhausen.de

CDU OBERHAUSEN



Nicht zum ersten Mal besuchten Simone-Tatjana Stehr und Wilhelm Hausmann „Das zerbrechliche Paradies“ im Gasometer. „Die Ausstellung vermittelt uns immer wieder auf wunderbare Weise die Schönheit unserer Welt, aber auch ihre Verletzlichkeit“, sagte die CDU-Fraktionsvorsitzende. „Deshalb ist der Kampf gegen den Klimawandel ja auch so wichtig und die kaum noch nachvollziehbare Energiepolitik der Ampelkoalition so fatal.“

Liebe Mitglieder, Freunde und Kritiker der CDU!

Der Überfall Russlands auf die Ukraine und dessen Tragweite lassen kaum jemanden auf dieser Welt unberührt. In Oberhausen sind wir betroffen und zeigen Solidarität, auch und vor allem mit unserer Partnerstadt Saporishja, zu der es zahlreiche freundschaftliche Verbindungen gibt. Die Hilfsbereitschaft der Ober-

Tobias Henrich
CDU-Fraktions-
geschäftsführer



hausenerinnen und Oberhausener ist nach wie vor überwältigend. Dafür gilt unser ausdrücklicher und ganz besonderer Dank!

UNSERE THEMEN

WOHNRAUM

Für Familien

Der Traum vom Eigenheim scheint für die Mittelschicht und besonders für junge Familien derzeit in weite Ferne zu rücken. Die CDU will den Erwerb von Eigentum unterstützen. [Seite 2](#)

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Bund lässt Länder und Kommunen im Stich

Im vergangenen Jahr sind mehr als 1,3 Mio. Menschen nach Deutschland geflohen, mehr als in den Krisenjahren 2015 und 2016 zusammen. Der Bund lässt die Länder und Kommunen bei der Bewältigung dieser Mammutaufgabe allein. [Seite 3](#)

BEZIRKSVERTRETUNG

Unterwegs

In den drei Oberhausener Bezirksvertretungen machen sich die CDU-Fraktionen für die Bürgerinnen und Bürger stark. [Seite 4](#)

„Kohle lässt Deutschlands Lichter an“

ENERGIEPOLITIK Spott aus dem Ausland für grüne Geisterfahrer. Auch das renommierte New Yorker Wall Street Journal versteht Deutschlands Energiepolitik nicht mehr

Die Verwirrung wächst, aber auch der Zorn und die Furcht vor nicht mehr zu stemmenden Kosten. Während bei uns die Menschen gerade staunend erleben müssen, wie die rot-grün dominierte Bundesregierung ihre Energiewende gegen die Wand fährt, blickt das Ausland mit ungläubigem Spott auf unser Land. „Kohle lässt Deutschlands Lichter an“, titelte unlängst das renommierte New Yorker „Wall Street Journal“ und fügte süffisant hinzu, dass sich der Anteil der schmutzigen Kohle bei der Stromerzeugung in Deutschland inzwischen auf satte 33,3 Prozent erhöht habe.

Oberhausens CDU-Chef Wilhelm Hausmann kann die Sichtweise der US-Amerikaner, die auch von unseren europäischen Nachbarn weitgehend geteilt wird, sehr gut nachvollziehen. „Insgesamt kehrten bislang 14 Steinkohlekraftwerke sowie ein Mineralölkraftwerk ans Netz zurück oder wurden nicht stillgelegt. Stattdessen schließen wir unsere Kernkraftwerke, die zu den sichersten der Welt gehören und verzichten auf den klimafreundlichen Atomstrom.“



Wilhelm Hausmann

Während in anderen Ländern gerade die Grünen dabei seien umzudenken, würden sie in Deutschland zu energiepolitischen Geisterfahrern, die als traurigen Nebeneffekt dafür sorgen, dass wir mit unseren extrem hohen Strompreisen weiter in

der Weltspitze der teuersten Länder bleiben, stellt Hausmann fest.

Die Ampel werde als Klimaständer-Regierung in die Geschichte eingehen, heißt es aus der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Ruhr (MIT), deren Vorsitzender Hausmann ist. „Dass demnächst immer mehr Elektro-Autos mit Kohlestrom fahren, ist einfach absurd und folgt ausschließlich ideologischem Kalkül.“

Für den selbständigen Architekten Hausmann ist auch die grüne Verbotspolitik bei Verbrennermotoren oder bei Heizungen und energetischen Sanierungen ein Thema, an dem man derzeit weder am Arbeitsplatz noch im privaten Umfeld vorbeikommt. „Tatsächlich werde ich täglich von besorgten Menschen angesprochen, die fürchten, dass Wohnen und Heizen bald nicht mehr bezahlbar sind.“ Hintergrund: Ab 2024 sollen nur noch Heizungen neu eingebaut werden, die Wärme aus mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien erzeugen. Aber 2045 gibt es demnach ein komplettes Verbot für alle Öl- und Gasheizungen. Zudem ist laut Medienberichten für Millionen Häuser ein energetischer Sanierungszwang geplant.

Zu hoffen bleibt, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Zumal Juristen einen unzulässigen Eingriff in Eigentumsrechte sehen und Klagen sicher scheinen. Sicher ist aber auch, dass Nervosität an den Märkten entsteht und die ohnehin schon hohen Baukosten weiter davonlaufen. Laut statistischem Bundesamt verteuerten sich schon 2022 die Preise für den Neubau von Wohngebäuden im Jahresdurchschnitt um bemerkenswerte 16,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Immer mehr Vorschriften stoßen auf immer weniger Investoren“, weiß Baufachmann Hausmann. Gerade in Ballungsgebieten werde der Wohnraum immer knapper. „In solchen Zeiten braucht die Politik eine ruhige Hand und keine irrlichternde Regierung mit immer neuen Verboten und Zwangssanierungen, die am Ende nicht bezahlbar sind.“

Die Bundesregierung allerdings ist in dieser Situation nicht in der Lage, die selbst ausgerufenen Zeitenwende zu gestalten: In der Energiepolitik fehlen wichtige Antworten auf die drängenden Fragen: Das beschlossene Sondervermögen für die Bundeswehr kommt nicht an, die Außenministerin befehlt die Welt mit ihrem Konzept der „feministischen Außenpolitik“, die Innenministerin lässt die aktuelle Flüchtlingskrise in den Kommunen eskalieren und der Kanzler bekommt den Streit in der eigenen Regierungskoalition nicht beigelegt.

Die Oberhausener Stadtverwaltung erledigt derweil gewissenhaft ihre Aufgaben. Sie öffnet die Türen für Geflüchtete und Oberhausen kommt trotz der zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre messbar voran.

In der CDU-Fraktion setzen wir mit unserer Arbeit engagiert auf die Bereiche Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung und bringen die Wirtschafts- und Stadtpolitik nach vorne. Wir gestalten trotz der widrigen Umstände und komplexen Herausforderungen eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Kommunalpolitik, die rational und nicht ideologisch ist. Schließlich geht es um Oberhausen, unsere Heimat!

CDU wirbt erfolgreich für Kreisverkehrsoffensive

Die Idee der Oberhausener CDU, sämtliche Kreisverkehre im Stadtgebiet unter die Lupe zu nehmen, um sie ansprechend, klimagerecht und verkehrssicher zu gestalten, ist auf breite Zustimmung gestoßen, sodass die Stadt den Gestaltungsauftrag auf den Weg bringt. Das Ziel, die Kreisverkehre im gesamten Stadtgebiet so umzugestalten, dass sie durch intensive Begrünung belüftet werden und gleichzeitig optische Highlights setzen, wurde ebenso begrüßt wie der Wunsch der Christdemokraten, besonders große Kreuzungsbereiche daraufhin zu prüfen, ob sie für einen Kreisverkehr geeignet sind, der eine allgemeine Entlastung des Verkehrs ermöglicht.

„Unseren politischen Auftrag sehen wir darin, zu gestalten, dazu gehören allen voran auch Stadt- und Verkehrsplanung. Mit unserer Maxime, ‚Oberhausen zieht an‘, können wir bei den Kreisverkehren beides unter einen Hut bringen und sind gespannt auf die Umsetzung“, fasst die Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr die Initiative der Kreisverkehrsoffensive zusammen. „Selbstverständlich ist es uns wichtig, das Erscheinungsbild der Stadt aufzuwerten. Wenn sich dieser Anspruch mit Klima und Verkehr in Einklang bringen lässt,



Simone-Tatjana Stehr

umso besser“, so Stehr weiter. Die Kreisverkehre der Stadt zählt die CDU zu den wichtigen, zentralen Knotenpunkten, auf die der Blick falle, sodass Gestaltung und Sauberkeit hier groß zu schreiben seien. Oberhausen müsse auch optisch den Ansprüchen an eine ‚Heimatstadt‘ genügen.

„Viele kleine Schritte ergeben ein großes Ganzes. Die Leistungsfähigkeit unserer städtischen Strukturen wollen und werden wir als CDU-Fraktion in den kommenden Jahren konsequent nutzen, nur so können wir auch die Menschen in unserer Stadt im positiven Sinne mitnehmen“, zeigt sich der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Denis Osmann überzeugt. „Kreisverkehre führen zur Geschwindigkeitsverringerung und sichern einen gleichmäßigen Verkehrsfluss. Dies trägt nachweislich dazu bei, dass sowohl der Energieverbrauch als auch Lärm gemindert werden. Die grundsätzlich geringere Fahrgeschwindigkeit leistet zudem einen Beitrag zur Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Für Fußgänger liegt überdies ein wesentlicher Vorteil darin, dass sie an den Zebrastreifen Vorrang haben.“



Ein Beispiel für einen Oberhausener Kreisverkehr, der aus Sicht der CDU aufgewertet werden muss (Kreuzung Weierstraße / Von-Trotha-Straße).



Für eine familienfreundliche Eigentumspolitik

FOTO: LUWE ERNST

„Der Zugang zu Wohneigentum muss erleichtert werden. Eigentum dient vielen Menschen zur Alterssicherung und es stärkt das Verantwortungsbewusstsein innerhalb der Quartiere.“

WOHNUNGSMARKT Oberhausener Christdemokraten unterstützen aktiv den Erwerb von Eigentum. In einem ersten Schritt soll die Stadtverwaltung ein entsprechendes Maßnahmenpaket schnüren

Die derzeitige Marktlage ist kritisch: Die Zinsen für Wohneigentum steigen kontinuierlich, während die Preise für den Erwerb – wenn überhaupt – nur schleichend fallen“, beschreibt Denis Osmann als Sprecher für Stadtplanung seiner Fraktion die allgemeine Situation. „Baut man dennoch eine Immobilie, steht man vor der Herausforderung, dass die Preise für Baumaterialien durch die Decke gehen. Die Lage ist allerorts dramatisch, sodass alle

politischen Ebenen – von der EU bis zu den Kommunen – Maßnahmen ergreifen müssen, um dem entgegenzuwirken. Eigentum wird sonst ein nicht mehr erreichbares Privileg“, beklagt Osmann die Entwicklung.

„Genau da wollen wir als CDU ansetzen. Der Zugang zu Wohneigentum muss erleichtert werden. Eigentum dient vielen Menschen zur Alterssicherung und es stärkt das Verantwortungsbewusstsein innerhalb der Quartiere“, betont die Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr. „Der Wunsch nach der eigenen Immobilie ist nach wie vor aktuell. Wenn wir den Verlust von Fachkräften verhindern wollen, müssen wir gegensteuern. Dazu gehört auch, dass wir für den Mittelstand in unserem Land aktiver werden. Oberhausen kann das aus unserer Sicht unterstützen, indem durch die Beschleunigung von Bauvorhaben sowie durch konkrete Förderungen, beispielsweise für die Höhe der Grundsteuer, Maßnahmen umgesetzt werden. Die Menschen sind bereit, auch in Oberhausen zu investieren! Machen wir es

ihnen so leicht wie möglich.“ Aus Sicht der CDU steht die Verwaltung dabei vor der Herausforderung, notwendiges Personal in einer Zeit des Fachkräftemangels bereitzustellen und auch durch digitale Angebote Hürden abzubauen. „Flächen sind in Oberhausen rar“, so die Christdemokraten. Daher sei auch die Bedeutung und der Wert von Bestandsimmobilien zu berücksichtigen. Damit würde auch nachhaltiges Bauen einen wichtigeren Stellenwert erhalten.

Der geplante Vorstoß brauche insgesamt ein klares Bekenntnis von Politik zur unkomplizierten Unterstützung. Der Wunsch, dass es den Menschen auf kommunaler Ebene so leicht wie möglich gemacht wird, sich für Eigentum in Oberhausen zu entscheiden, sei der entscheidende Treiber der CDU vor Ort.

Stärkung des Wirtschaftsstandortes Oberhausen

Wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ist ein Taktgeber für die Zukunft

Neben der Ausweitung neuer Wirtschaftsflächen muss mit gleichem Engagement die Entwicklung bereits bestehender Flächen vorangetrieben werden.

„Oberhausen braucht weiterhin eine gute wirtschaftliche Basis zur Entwicklung“, stellt Denis Osmann als Sprecher für Stadtplanung seiner Fraktion heraus. „Wir sind schon jetzt kaum in der Lage, die Nachfrage und den Bedarf an Wirtschaftsflächen in unserer Stadt zu decken. Als CDU sind wir daher über die Initiative der Stadt zur Entwicklung neuer Gewerbeflächen in Oberhausen erfreut. Hier wollen wir anknüpfen durch die Weiterentwicklung bereits bestehender Gewerbegebiete in unserer Stadt. Wer für Fachkräfte interessant sein

möchte, muss gute Arbeitsbedingungen bieten und das kann nur dort geschehen, wo Unternehmen sich gut entwickeln und wachsen.“

„Die Business Metropole Ruhr hat den Ruhrgebietsstädten einen guten Handlungsleitfaden zur Weiterentwicklung bestehender Gewerbegebiete an die Hand gegeben. Wir bekommen es also leicht gemacht. Diese Chance muss aus unserer Sicht genutzt werden“, gibt die CDU-Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr die Richtung vor. „Die Stadt prüft derzeit auf unsere Initiative hin, ob es eine Gewerbegebietsfläche gibt, auf der man die Idee beispielhaft umsetzen kann. Gute Beispiele machen oft Schule und genau das ist unser Anliegen. Es gibt eine große

Nachfrage nach attraktiven Gewerbeflächen. Unsere Antwort darauf muss konsequenterweise ein gutes Angebot sein.“



Bereits im „Masterplan Neue Mitte 4.0“ enthalten: Die Fläche zwischen Essener Str. und Centroallee am Westfield Centro

Oberhausen zieht an!

Positive Zwischenbilanz für Masterplan Wirtschaft

Wir sind mit dem Masterplan Wirtschaft genau auf dem richtigen Weg. Mit 42 Maßnahmen hatte sich die Verwaltung einen ambitionierten Fahrplan auferlegt. Umso mehr freuen wir uns, dass nun schon Zweidrittel der Maßnahmen im Ampelsystem auf ‚Grün‘ stehen“, fasst Christian Benter, Sprecher der CDU-Fraktion für Wirtschaft und Digitalisierung, zusammen. „Projekte wie ‚One-Stop-Shop‘ – die alle Verwaltungsschritte an einer Stelle und bei einem Ansprechpartner bündeln. Investitionslotsen oder die Unterstützung bei der

Akquirierung von Fördermitteln machen einen entscheidenden Unterschied: Sie fördern unsere Wirtschaft.“ Besonders hervorzuheben sei aber auch die Dynamik, die der Masterplan Wirtschaft mitbringe, so die CDU-Fraktionsvorsitzende, Simone-Tatjana Stehr. „In den vergangenen Jahren mussten wir allein durch die zahlreichen Krisen lernen, uns an veränderte Gegebenheiten anzupassen und



Christian Benter



maximal flexibel zu sein. Da sich das vorliegende Strategiepapier als sogenanntes ‚living document‘ versteht, ist der Masterplan Wirtschaft hervorragend geeignet, auch auf schwierige Umstände zu reagieren und unsere Stadt voranzubringen. Das ist Flexibilität, wie wir sie brauchen und ich freue mich, dass bereits bedeutende Verbesserungen für unsere Stadt auf den Weg gebracht werden konnten“, lobt Stehr die ersten Ergebnisse abschließend.

Hinhalten, Abwarten, Taktieren!

MIGRATION In der Flüchtlingspolitik macht Berlin zu wenig Tempo. Akzeptanz sinkt. Länder und Kommunen erhöhen den Druck

Die Hilfsbereitschaft ist groß, auch und gerade in Oberhausen, wo traditionell oft mehr getan wird als anderswo, wenn Menschen, die in Not sind, zu uns kommen. Seit geraumer Zeit schon heißt es aber immer häufiger aus Ländern und Kommunen, dass irgendwann die Belastungsgrenze erreicht ist. Nicht zuletzt angesichts dieser Stimmungslage wollten deshalb bereits im Februar Bund, Länder und Kommunen bei einem Flüchtlingsgipfel in Berlin nach Lösungen suchen – und die ungläubig stauende Öffentlichkeit erlebte ein Musterbeispiel für das von Olaf Scholz vollmundig propagierte neue deutsche Tempo. Allerdings nicht so wie es der Kanzler gemeint hat... Im Gegenteil.

„Schockstarke, taktierendes Abwarten und Hinhalten lähmen unsere Gesellschaft seit Bestehen der Ampelkoalition an vielen Stellen, aber gerade auch bei der Flüchtlingspolitik, die für den sozialen Frieden so wichtig ist“, weiß der Oberhausener CDU-Vorsitzende Wilhelm Hausmann. Das von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) formulierte „Ergebnis“ des Februargipfels bewerteten sogar Genossen als einzige Enttäuschung. Wichtige Herausforderungen wurden gar nicht erst angepackt, sondern bis zu einem neu anberaumten Treffen in der Osterzeit vertagt. Inzwischen hat der Kanzler auch diesen Termin schon wieder verschoben. Diesmal auf den 10. Mai. „Wir müssen feststellen, dass die Sorgen nicht kleiner, sondern größer werden“, stellte der sozialdemokratische Ministerpräsident von Niedersachsen Stephan Weil ohne Umschweife fest. Sein nordrhein-

westfälischer CDU-Kollege Hendrik Wüst äußerte sich ähnlich: „Wir kommen an unsere Grenzen.“

Immer mehr Städte und Gemeinden fühlen sich im Stich gelassen, weil sie nicht mehr wissen, wie sie Wohnungen oder Plätze in Schulklassen für die Zuflucht Suchenden generieren sollen. Im Januar und Februar 2023 stellten fast 59.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland, das ist im Vergleich zu den beiden Vorjahresmonaten ein Anstieg von 84,5 Prozent! Nicht berücksichtigt sind dabei die deutlich über eine Million ukrainischen Staatsbürger, die bei uns kein Asyl beantragen müssen.

Viele Städte auch im Ruhrgebiet pfeifen auf dem letzten Loch. Was die WAZ unlängst mit bemerkenswert deutlichen Worten kommentierte: „Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Bundesregierung den großen Aufgaben und bisherigen logistischen und integrativen Leistungen in den Kommunen begegnet und die Unterstützung verweigert, hat in den Rathäusern und Landratsämtern der Republik zu Recht für Wut und Empörung gesorgt.“

Dabei geht es keineswegs ausschließlich um Geld. Bürgermeister und Landräte warnen vor einem erneuten Rückgriff auf Notunterkünfte



Die Kommunen sind an der Belastungsgrenze, aber wie so oft, wenn bei uns in Oberhausen Not herrscht, engagieren sich zahlreiche ehrenamtliche Menschen in unserer Stadt. Hier schickt der Verein „Oberhausen hilft“ einen von vielen Konvois in die Ukraine.

FOTO: OBERHAUSEN HILFT E.V.

wie Sporthallen, in denen nach Corona endlich wieder Schul- und Vereinssport betrieben werden kann. Mindestens ebenso wichtig für die Akzeptanz in der Bevölkerung scheint aber auch das von den Ländern geforderte „effektive Rückführmanagement für Menschen ohne Bleiberecht“. Im vergangenen Jahr scheiterten etwa zwei Drittel der Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern! Regelmäßig wiederkehrende Medienberichte von straffällig gewordenen Geflüchteten heizen die Stimmung zusätzlich auf.

„Was wir wirklich brauchen, sind mehr Menschen, die in unseren Arbeitsmarkt drängen und nicht in unsere Sozialsysteme!“

Für Hausmann reicht vor diesem Hintergrund auch der Hinweis auf die vielen benötigten Fachkräfte aus dem Ausland nicht, die wir bräuchten, um anstehende wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. „Es ist richtig, dass unser Land in Zukunft auch auf Einwanderung angewiesen ist. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Was wir wirklich brauchen, sind mehr Menschen, die in unseren Arbeitsmarkt drängen und nicht in unsere Sozialsysteme!“

Grundsätzlich CDU...

Die Soziale Marktwirtschaft liefert seit fast 75 Jahren den Rahmen für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Aus Sicht der CDU ist es angesichts einer veränderten Welt nun an der Zeit, sie für neue Aufgaben fit zu machen. In ihrem „Mitmachjahr 2023“ stellt sich die CDU daher dieser Aufgabe und diskutiert unter anderem in vier großen Regionalkonferenzen über den Weg zum neuen Grundsatzprogramm.

In NRW konnte dafür in Münster mit CDU-Chef Merz, dem nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten Wüst und 1.000 „Mitmachern“ großer Zuspruch erreicht werden.

Friedrich Merz: Die Soziale Marktwirtschaft modernisieren

Die Soziale Marktwirtschaft brauche neue Überzeugungs- und Taktkraft. Merz setzt einen Schwerpunkt auf das Erbe Ludwig Erhards. So gäbe es eine große Skepsis weiter Teile der Gesellschaft, ob



FOTO: TOBIAS KOCH

die Soziale Marktwirtschaft die großen Aufgaben der Zukunft auf der Basis des Bestehenden weiter erfolgreich bewältigen könne.

Für die CDU sei klar, dass Wirtschaftskraft, Klimaschutz und Energiesicherheit eine Einheit bilden, die sich gegenseitig bedingt. Eine starke Wirtschaft gehe nicht ohne nachhaltigen Klimaschutz. Und Klimaschutz funktioniere nur aus einer Position wirtschaftlicher Stärke heraus.

Hendrik Wüst: Die CDU muss sich modernisieren

NRW habe vorgemacht, wie man mit Geschlossenheit überzeuge. „Damit wir noch stärker werden, ist es wichtig, die Kompassnadel immer wieder mal neu auszurichten“, sagt Ministerpräsident Hendrik Wüst. „Die CDU ist weiterhin die größte politische Kraft in unserem Land.“ Sie ist die Volkspartei der Mitte geblieben. „Daraus leitet sich unser Anspruch ab, Politik zu machen für alle Menschen in unserem Land. Die Werte bleiben. Die Antworten mögen sich verändern.“



Die CDU steht für eine solide Finanzpolitik in NRW

Landesfinanzminister Dr. Marcus Optendrenk zu Gast beim Frühjahrsgespräch

Finanzpolitische Nachhaltigkeit ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft“, sagt Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen des Landes NRW, beim Frühjahrsgespräch der Oberhausener CDU. Nachhaltigkeit sei in der Ökologie und im Sozialen notwendig.

Man könne den nachfolgenden Generationen nicht Berge von Schulden hinterlassen. „Wir müssen jetzt solide arbeiten und Prioritäten setzen, um in Zukunft Entscheidungsspielräume zu haben“. Die schwarzgrüne Zukunftscoalition in Düsseldorf

handele danach, die Hälfte aller Landeskredite habe sehr lange und damit günstige Laufzeiten. Anders als der Bund, der durch kurze Laufzeiten gerade eine Verzehnfachung seines Zinsaufwandes erlebt. „Da wurde kurzfristig der Haushalt schön gemacht, das ist aber das Gegenteil von Nachhaltigkeit, wenn man von der Hand in den Mund lebt“, so Optendrenk vor über 80 Teilnehmern. Die Rahmenbedingungen haben sich durch den Dauerkrise-Modus deutlich verschoben: erst die Pandemie, jetzt der Krieg in der Ukraine. „Mich bewegt das Schicksal der Menschen in

der Ukraine sehr“, so Optendrenk. Auch die Finanzverwaltung in NRW engagierte sich, indem sie mit der Steueruniversität der Ukraine zusammenarbeite. „Sie wurde in diesem Krieg dem Erdboden gleichgemacht, da steht nichts mehr“, ergänzt Optendrenk.

Ein entscheidendes Thema sei für den Finanzminister zudem die Unterstützung des Landes bei der Flüchtlingshilfe: Mit 570 Mio. Euro habe NRW den Kommunen bereits bei der Unterbringung von Flüchtlingen geholfen, weitere 390 Mio. Euro sollen nun fließen, um einen substanziellen Teil von den Kommunen zu übernehmen. „Zur Wahrheit gehört aber auch: das können wir nicht allein schultern, das können wir nur gemeinsam mit den Kommunen schaffen.“

„Gut, dass gerade in einer solchen Zeit Christdemokraten die Finanzen in unserem Land managen“, zeigt sich der Parteivorsitzende Wilhelm Hausmann überzeugt. „Denn nur durch die solide Finanzpolitik der CDU sind wir jetzt in der Lage, notwendige Hilfen bereitzustellen.“ „Als Kommune schauen wir mit besonderem Blick auf das Land“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Stehr in der Runde. „Denn Oberhausen ist von strukturellen Alt-schulden stark betroffen. Wir sind froh, dass unser Finanzminister mit der Kommunalministerin Ina Scharrenbach nach Lösungen sucht und wir werden auch nicht müde, diese einzufordern.“



Johannes Thielen, Wilhelm Hausmann, Simone-Tatjana Stehr, Minister Dr. Marcus Optendrenk, Oberbürgermeister Daniel Schranz, Bürgermeister Werner Nakot (v.l.n.r.)

IMPRESSUM

Herausgeberin:
CDU Oberhausen
(Seiten 1, 3, 6, 8)
Gewerkschaftsstr. 47-49
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 200948
E-Mail:
klartext@cdtu-oberhausen.de
www.cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.:
Wilhelm Hausmann
Redaktion:
Christian Benter
Gestaltung:
Freunde & Ernst, Essen

Unterwegs für Sie...

ENGAGEMENT Auch in den drei Oberhausener Bezirksvertretungen machen sich die CDU-Fraktionen für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger stark!



HOLGER INGENDOHT
CDU-Fraktionsvorsitzender
der Bezirksvertretung Sterkrade

„Die Sterkraderinnen und Sterkrader sind engagierte Menschen mit einem rationalen Blick auf das Machbare. Sie lieben ihren Bezirk und ihre Heimat. Als CDU-Fraktion in Sterkrade wissen wir, dass wir allein deshalb eine besondere Verantwortung tragen. Vor allem der Stadtkern, mit dem gerade im Umbau befindlichen ‚Kleinen Markt‘ und der ehemaligen Möbelhaus-Finke-Fläche, ist für uns ein zentraler Punkt. Dieser Stadtkern muss die Entwicklung zu einer lebendigen Innenstadt mit kulturellem Flair schaffen. Denn das hat Sterkrade in der Vergangenheit ausgezeichnet und wir sind überzeugt, dass es gelingen wird, den Anspruch nach Jahren des Stillstandes aufleben zu lassen.“

Auf CDU-Antrag: Schnell hat die Stadt Parkflächen an der Hartmannstraße eingerichtet und mit Parkscheiben geregelt.



Auf Antrag der CDU-Fraktion erhielt der Ostfriedhof einen barrierefreien Zugang.



HERMANN WISCHERMANN
CDU-Fraktionsvorsitzender
der Bezirksvertretung Osterfeld

„In Osterfeld freuen wir uns über das neue Freibad und den Bewegungshügel im Revierpark Vonderort. Es wurde ein Kleinod für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen, das die Aufenthaltsqualität in Osterfeld deutlich nach vorne bringt. Stolz sind wir als CDU-Fraktion auf das enorme bürgerliche Engagement in unserem Bezirk. Die Menschen interessieren sich, bringen sich mit vielen neuen und tollen Ideen ein. So gestaltet man Quartier aktiv mit. Gut ist außerdem, dass die Stadt die Entwicklung des Gartendoms so konsequent voranbringt, denn auch die zukünftige Nutzung des Gartendoms ist uns ein zentrales Anliegen.“



Die Stadt plant auf Antrag der CDU die Modernisierung des Volksparks Sterkrade.



Bewegungshügel Vonderort: Ein Leuchtturmprojekt für Osterfeld, das die Stadt mit ihren Partnern umgesetzt hat.

Auf der ehemaligen Möbelhaus-Finke Fläche tut sich endlich etwas dank der Initiative von CDU mit Planungsdezernent Dr. Thomas Palotz und Oberbürgermeister Daniel Schranz.



Der Kleine Markt als Herzstück der Sterkrader Innenstadt wird aufwendig saniert.



Ambitionierte Pläne fordern das Engagement aller Beteiligten. Die CDU unterstützt die neuen Pläne der Stadt zum Gartendom.



DETLEF PETERS
CDU-Fraktionsvorsitzender
der Bezirksvertretung
Alt-Oberhausen

„Alt-Oberhausen ist ein spannender, vielfältiger Bezirk, für den ich mich mit all seinen Besonderheiten gerne stark mache. Ich gehe Herausforderungen optimistisch an und setze mich mit meiner Fraktion für Lösungen ein, die ökologisch und ökonomisch sind. Als nächstes geht es für uns vor Ort darum, die Mängel, die der neue Sozialbericht aufgedeckt hat, in den Blick zu nehmen und für eine spürbare Verbesserung der Situation in den jeweiligen Quartieren zu sorgen.“



Als gemeinsame Anlaufstelle der Polizei und des Ordnungsdienstes sorgt seit 2021 die von der CDU geforderte City-Wache für mehr Sicherheit im Stadtkern.



Die beschlossene CDU-Idee des Central-Parks wird derzeit in die städtischen Planungen des „Masterplans Neue Mitte“ integriert.



DOMINIK STENKAMP
Bezirksbürgermeister
Alt-Oberhausen

„Ich wünsche mir für Alt-Oberhausen, dass unsere Kinder auch in der Zukunft als Erwachsene in Oberhausen wohnen wollen und werden. Für uns alle sollte dies bedeuten, dass wir unsere Stadt schon jetzt kinderfreundlich und ökologisch umsichtig gestalten, damit sie für uns eine lebenswerte Stadt ist und bleibt.“

Oberbürgermeister Schranz: Warum Optimismus Pflicht ist

INTERVIEW Nach einem Jahr voller Krisen blickt unser Oberbürgermeister Daniel Schranz optimistisch in die Zukunft – und nennt die Zahlen und Fakten, die diesen Optimismus begründen

Herr Oberbürgermeister, 2022 haben sich mit Corona-Pandemie, Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, der damit verbundenen Flüchtlingsbewegung und der Energieverknappung drei Krisen übereinander gestapelt. Wie stellt sich die Lage in Oberhausen in diesem Frühjahr dar?

Daniel Schranz: Für viele Menschen und die Stadt Oberhausen sieht die Lage in diesem Frühjahr weniger angespannt aus, als wir noch vor dem Winter befürchtet haben. Die Corona-Pandemie hat sich für uns praktisch zur Endemie entwickelt und hat inzwischen einen ähnlichen Status wie die Grippe. Wir haben den Corona-Krisenstab kürzlich auflösen können.

Der Ukraine-Krieg geht aber weiter ...

Ja, aber auch hier hat sich, was die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten angeht, in Oberhausen alles eingespielt. Erfreulicherweise können wir auch die Willy-Jürissen-Halle und die Sporthalle an der Eschenstraße wieder dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung stellen. Für unsere Freundinnen und Freunde in Saporishja ist die Lage natürlich sehr viel komplizierter. Deshalb sind wir nicht nur in Gedanken bei den Menschen in unserer Partnerstadt und in der ganzen Ukraine, sondern haben in Zusammenarbeit mit dem Verein „Oberhausen hilft“ bisher zwölf Hilfsgütertransporte in unsere Partnerstadt geschickt.

Und wie sieht es bei der Energieversorgung aus?

Wir sind eben nicht in eine Gasmengellage gekommen, weil Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung Energie gespart haben, aber auch, weil der Winter so mild begann. Die vom Bund eingebauten Gas- und Strompreismechanismen greifen und werden bei den gestiegenen Energiekosten entlasten. Wir als Kommune zahlen das erhöhte Wohngeld an mehr Berechtigte aus. Daran sehen wir: Der Staat funktioniert – auch wenn er nicht jede zusätzliche Belastung komplett auffangen kann. Selbstverständlich trifft die Inflation viele, und natürlich Menschen mit geringeren Einkommen deutlich härter als andere.

Und davon gibt es in Oberhausen ja durchaus einige ...

Das ist richtig, wie andere Kommunen im Ruhrgebiet kämpfen wir nach wie vor ja mit den Folgen des Strukturwandels – und arbeiten daran, diesen Zustand zu ändern. Und das auch mit Erfolg: Wir haben in unserer Stadt mit mehr als 70.000 Menschen so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie seit 40 Jahren nicht mehr – das ist ein toller Rekord. Eine weitere starke Marke: In keiner anderen Ruhrgebietsstadt ist die Zahl der Beschäftigten so stark gestiegen wie in Oberhausen, nämlich bis zum vergangenen Juni um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – der größte Anstieg in unserer Stadt seit Jahrzehnten.

Wie lässt sich das erklären?

Dafür mitverantwortlich ist natürlich die Ansiedlung des Edeka-Zentrallagers, das in Betrieb gegangen ist. Zurzeit ist zudem das Lager des Lebensmittel-Lieferdienstes „Picnic“ im Bau, und im Segro-Logistikpark ist der letzte Bauabschnitt fast vollendet. Wenn alles fertig ist, werden hier insgesamt bis zu 2.800 Menschen arbeiten. Dazu kommt Topgoff in der Neuen Mitte: Bei dem in Kontinentaleuropa bisher einzigartigen Freizeit-Unternehmen geht es um rund 450 Arbeitsplätze.

Es geht also nur mit Neuansiedlungen?

Neue Ansiedlungen sind sehr wichtig für uns. Genauso wichtig ist uns aber selbstverständlich die Bestandssicherung. Zum Beispiel GHH Radsatz: Das Unternehmen investiert am Standort Sterkrade Millionen in eine neue Halle, weil die Geschäfte gut laufen und der Platz gebraucht wird.

Das klingt ja alles sehr positiv ...

So gut diese Zahlen auch sind: Klar ist auch, dass unsere Wirtschaftskraft insgesamt noch steigerungsfähig und -bedürftig ist. Deshalb machen wir selbstverständlich weiter mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Basis, deshalb hat der Rat nach dem Masterplan Wirtschaft auch den Masterplan Neue Mitte 4.0 und das Wirtschaftsflächenkonzept mit einem Potenzial von rund 40 Flächen und bis zu 60 Hektar beschlossen.

„Oberhausen ist verhältnismäßig gut durch die Krisen gekommen, was eine große Gemeinschaftsleistung war und ist.“



FOTO: UWE ERNST

Wirtschaftsflächen sind wichtig und ein rares Gut in der Region, keine Frage. Aber was ist mit Grünflächen?

Selbstverständlich müssen wir in unserer dicht besiedelten Stadt auch an mehr Grün, mehr Klimaschutz und Klimafolgenanpassung arbeiten. Und das tun wir auch: Im vergangenen Jahr haben wir als Stadt 22 Mal so viele Bäume gepflanzt wie gefällt werden mussten. Die Stadt hat bei den Servicebetrieben Oberhausen den Posten eines Baum-Managers eingerichtet, der kürzlich das Baumkonzept vorgestellt hat und dafür in den politischen Gremien sehr viel Lob bekommen hat.

Tut die Stadt denn genug gegen den Klimawandel?

Selbstverständlich befassen wir uns auch mit erneuerbaren Energien: Neben den acht Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen und den acht Gründächern, die wir im vergangenen Jahr auf städtischen Gebäuden installiert haben, werden dieses Jahr 14 weitere Projekte dieser Art helfen, unsere Energiebilanz und das Mikroklima zu verbessern. Wir kommen voran – und alles andere würde der großen Herausforderung des Klimawandels, die durch Pandemie und Krieg im öffentlichen Bewusstsein etwas zurückgetreten, dadurch aber ja nicht weniger drängend geworden ist, auch nicht gerecht.

Apropos drängend: Für viele Familien ist das Thema Bildung und Schulen eines der wichtigsten ...

... und das ist es natürlich auch für Verwaltung und Politik, schließlich ist die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen einer der wichtigsten Faktoren nicht nur für ihre persönliche Zukunft, sondern eben auch für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Stadt. Deshalb kümmern wir uns um den Investitionsstau in unseren Schulen: In den vergangenen drei Jahren haben wir mehr als 100 Millionen Euro in die Bildungsinfrastruktur investiert. Und für 2023 haben wir Investitionen allein in Schulen und Kitas in Höhe von mehr als 65 Millionen Euro geplant.

Das sind riesige Summen. Können Sie ein paar Beispiele herausgreifen?

Gerne nenne ich da Projekte, bei denen es nicht ausschließlich um die Investition in Schulen geht, sondern die zusätzlich Leuchttürme der Stadtplanung und Stadtentwicklung sind. Die neue Gesamtschule an der Knappenstraße etwa: Der Architekturwettbewerb hat einen herausragenden Entwurf für einen Gebäudekomplex hervorgebracht, der Kindern ein inspirierendes Lernumfeld bieten soll, aber eben auch von anderen Gruppen im Stadtteil genutzt werden kann – das Architekturbüro geht jetzt in die Detailplanung. Das Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung, das Oberhausener Lehrerseminar, wird mit den vielen angehenden Lehrerinnen und Lehrern in einem komplett umgestalteten, begrünten Gebäude unsere Marktstraße verschönern

und beleben. Und am Altmarkt haben wir Ende 2022 die Eröffnung des Talentkollegs Ruhr am Standort Oberhausen gefeiert. In Kooperation mit der Hochschule Ruhr-West fördern wir dort junge Menschen in ihrer Bildungslaufbahn, weil wir es uns nicht leisten können und wollen, auf ihre Talente und ihre Motivation zu verzichten.

Apropos Innenstadt: Was tut die Stadt für die Attraktivität der Innenstädte?

Die letzten beiden Beispiele zeigen, was unsere Strategie für die Innenstädte ist, denn es ist ja kein Zufall, dass mit Schülerlabor, Talentkolleg, Lehrerseminar und gemeinsamer Wache vier öffentliche Einrichtungen an die Marktstraße gezogen sind. Sie sollen die Innenstadt beleben – genauso wie der im Bau befindliche Multifunktionskomplex die Osterfelder Mitte. An der Gesamtschule Osterfeld wird er in Form und Funktion den ganzen Stadtteil bereichern, mit dem neuen Jugendzentrum, einer neuen Stadtbibliothek und einer Aula für Schule und Vereine: Den Grundstein haben wir vor einigen Monaten gelegt.

Sie scheinen mit viel Optimismus in die Zukunft zu blicken ...

Das tue ich tatsächlich. Denn Oberhausen ist verhältnismäßig gut durch die Krisen gekommen, was eine große Gemeinschaftsleistung war und ist. Wir investieren viel in die Zukunft unserer Stadt, und unsere Wirtschaft läuft. Da ist Optimismus doch angebracht!

Muss der Oberbürgermeister nicht irgendwie immer optimistisch sein?

Ich bin auf einen sehr starken Gedanken des Philosophen Karl Popper gestoßen: „Optimismus ist Pflicht.“ Er erklärte ihn so: Weil die Zukunft nicht vorausbestimmt, also offen ist, können wir alle sie mitbestimmen durch das, was wir tun. Statt Schlimmes vorherzusagen, können wir uns also alle für die Dinge einsetzen, die die Zukunft besser machen können. „Optimismus ist Pflicht“ ist für mich die richtige Einstellung, um in unserer Stadt mit den Herausforderungen unserer Zeit in die Zukunft zu gehen.

75 Jahre jung – Junge Union feiert Geburtstag

Auf stolze 75 Jahre kann die Junge Union (JU) Oberhausen blicken. Anlass genug, diesen besonderen Geburtstag groß zu feiern. So konnte sich die Gästeliste nicht nur mit Partei-, Fraktionsspitze und Wegbegleitern aus Oberhausen sehen lassen, sondern auch mit JUlern aus dem gesamten Ruhrgebiet!

Der Kreisvorsitzende der JU Oberhausen, Nunzio Giovanni Cavallo, eröffnete den Abend mit



Nunzio Giovanni Cavallo

Gründung der JU Deutschland – ein Kreisverband bildete, der die Jungen und deren Interessen vertreten sollte.

Die erste dokumentierte Erwähnung fand die Vereinigung schließlich 1952 in der Presse: Eine Kundgebung und anschließende Diskussion in Oberhausen, mit dem damals 37-Jahre jungen Bundestagsabgeordneten Franz-Josef Strauß, schaffte es auf die erste Seite.

Auch heute noch steht eine starke JU-Basis mit ihren Mitgliedern dafür, sich politisch zu engagieren, einzumischen und selbstbewusst Themen anzustoßen. „So leicht wie früher ist es aber heute nicht mehr, die Bereitschaft bei jungen Leuten zu wecken, sich parteipolitisch zu binden. Das merken wir auch in der JU-Oberhausen“, analysiert Cavallo die Situation kritisch. Er ergänzt „wir haben ein gutes Angebot und wer einmal dabei ist, will uns auch nicht mehr missen“, wirbt Cavallo schmunzelnd. „Gesellschaftliche Strukturen haben sich aber verändert und politisches Engagement erfolgt heute stärker punktuell und themenbezogen, wie beispielsweise rund um den Klimaschutz. Hier gibt es klare politische Haltungen und intensive Aktivitäten, die aber eben nicht eine parteipolitische Bindung notwendig machen“, so Cavallo. Die klassische Parteiarbeit müsse seiner Meinung nach erst einmal thematisch verfangen und das gelänge Ein-Themen-Parteien oftmals schneller als breit aufgestellten Volksparteien, die gesellschaftliche Vielfalt abbilden und nicht nur Antworten auf einen einzigen Themenkomplex geben wollen. „In der JU-Oberhausen sind wir stolz darauf, wie uns der Generationenwechsel gelungen ist. Wir merken, dass wir wieder stärker bei unserer eigenen Generation ankommen. Außerdem haben wir mittlerweile auch wieder eine breite Basis in der Partei: Vier JUler engagieren sich in den Bezirksvertretungen und zwei JUler im Rat der Stadt Oberhausen. Im Kreisvorstand der CDU Oberhausen sind wir sogar sieben JUler und mit Johannes Thielen stellen wir einen stellvertretenden Parteivorsitzenden. Wir bringen uns intensiv in die CDU-Arbeit in Oberhausen ein und verjüngen die CDU in Oberhausen.“

Die Volkspartei CDU...



Es ist üblich, dass politische Parteien und ihre Vereinigungen unterschiedliche Positionen zu Themen haben. Die CDU hat viele Mitglieder, deren Interessen, Perspektiven und Ansichten natürlich nicht immer deckungsgleich sind. Umso wichtiger ist es, dass die verschiedenen Sichtweisen offen und konstruktiv diskutiert und abgewogen werden. Mit dem Anspruch, eine ausgewogene Position abzubilden. Die beiden unterschiedlichen Positionen aus den Vereinigungen zum Streikrecht bilden ab, wie kontrovers die Debatte um das Recht zu streiken derzeit auch in der Gesellschaft geführt wird. Uns ist wichtig auch in emotional aufgeheizten Debatten einen kühlen Kopf zu bewahren. Für uns ist der Dialog entscheidend, um schließlich eine ausgewogene Position zu vertreten, mit der wir das Vertrauen darin stärken, dass Meinungsvielfalt und Einigkeit kein Gegensatz bilden.

CDA: Streikrecht ist ein Grundrecht

Die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) setzt sich für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. „Die durch die vielen Krisen entstandene Inflation macht es den Menschen schwer, ihre Rechnungen bezahlen zu können. Löhne geraten unter Druck und der Mangel an Fachkräften zwingt sämtliche Bereiche in die Knie“, so der Oberhausener CDA-Vorsitzende, Benedikt Domberger. Vor dem Hintergrund der aktuell angespannten Lage seien die Lohnforderungen der Gewerkschaften nachvollziehbar. „Wir müssen als Gesellschaft gegen den Reallohnverlust angehen. Wenn man sich Gedanken machen muss, ob trotz Vollzeitbeschäftigung noch Lebensmittel und Heizkosten bezahlt werden können, ist das eine Schiefelage“, beschreibt Domberger die Situation.

Nun wider besseres Wissen eine Einschränkung des Streikrechts zu fordern, sei Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Als CDA Oberhausen sind wir natürlich der Überzeugung, dass sich alle Tarifparteien an die geltenden Verfahrensregeln zu halten haben, den Betroffenen allerdings jetzt ihr einziges Druckmittel nehmen zu wollen, ist kein legitimes Mittel.“ Die notwendige Anhebung der Löhne sei aus Sicht der CDA das einzige Mittel, um nun „Druck aus dem Kessel zu nehmen“.

Die Bundesregierung verfolge eine verfehlt Industrie- und Wirtschaftspolitik, die Deutschland massiv zusetze. Da seien Streiks vorprogrammiert. Dass Tarifverhandlungen das Mittel der Wahl seien, um Arbeitskonflikte zu lösen, stünde außer Frage. Aber wenn auf Kosten der Betroffenen gehandelt würde, sei Streik eben ein Grundrecht, das nicht aus Bequemlichkeit beschnitten werden dürfte.

MIT: Land nicht in Geiselschaft nehmen

Die Gewerkschaften dürfen nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselschaft nehmen. Dies geschieht aber gerade bei unseren Bahnhöfen und Flughäfen, wo es um eine kritische Infrastruktur geht, nämlich um den Berufs-, Fracht- und Reiseverkehr in Deutschland und der ganzen Welt.“ Mit diesen Worten reagierte der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Ruhr (MIT) und Oberhausener CDU-Kreisvorsitzender Wilhelm Hausmann auf den Großstreik von Verdi und der Eisenbahngewerkschaft mit dem erklärten Ziel, den öffentlichen Verkehr in Deutschland lahm zu legen.

Auch angesichts der Forderungen von über 10 Prozent Gehaltsplus beschleiche ihn persönlich ein Unwohlsein, das er mit vielen Menschen in Oberhausen teile, erklärte der CDU-Politiker weiter. Er nehme dies aus zahlreichen Gesprächen in seinem Umfeld wahr. So stoße zum Beispiel auch die Arbeitsniederlegung in unseren KITAS beileibe nicht überall auf Verständnis. Hausmann: „Verdi muss endlich zur Kenntnis nehmen, wer ihre Gegner im Arbeitskampf sind. Das sind nämlich die Kommunalen Arbeitgeber und nicht die jungen, zum Teil verzweifelten Oberhausener Familien, die nicht wissen, wie sie die Betreuung ihrer Kinder kurzfristig selbst organisieren sollen.“

Das Streikrecht ist ein durch die Verfassung geschütztes Recht der Arbeitnehmer, das niemand in Frage stellt – dies festzustellen, ist Hausmann wichtig. Streik bei kritischen Infrastrukturen, wie auch bei Bahn, Energie- und Wasserversorgung, sollten allerdings mindestens vier Tage vorher angekündigt werden und nur noch nach einem abgeschlossenen Schlichtungsverfahren durchgeführt werden. „Sonst trifft der Streik nämlich nicht nur die Arbeitgeber, sondern sehr viele Menschen und Betriebe, die im Zweifel sogar unverschuldet in existenzielle Not geraten.“



FOTO: ANDRÉ HIRTZ / FUNKE PHOTO SERVICES

Grüne und Linke stimmen aktiv gegen mehr Klimaschutz in Oberhausen

UMWELT Die Betankung von Dieselfahrzeugen mit dem neuen HVO-100-Kraftstoff kann bis zu 90 % des bisherigen CO²-Ausstoßes einsparen. Für städtische Fahrzeuge ist der notwendige rechtliche Rahmen dafür bereits geschaffen. Grund genug für die Oberhausener Christdemokraten die Umstellung städtischer Fahrzeuge auf alternative Kraftstoffsorten prüfen zu lassen

Das Ziel, bis 2045 Treibhausgase vollständig zu neutralisieren, erfordert ein konsequentes, strukturiertes und ideologiefreies Vorgehen. Dazu gehört im Verkehrsbereich beispielsweise die Erkenntnis, dass sich dieses Ziel nicht ohne den Ersatz fossiler Verbrennung erreichen lässt.

„Für uns ist es wichtig, dass wir unsere Mobilität zügig auf das Erreichen des Ziels einer Treibhausgasneutralität ausrichten“, betont Frank Bandel als umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. „Als CDU-Fraktion sehen wir aber nicht im schlichten Austausch von Verbrennungsfahrzeugen durch Elektrofahrzeuge die Lösung. Wir wissen alle, dass Elektrofahrzeuge alleine durch den aufwendigen Herstellungsprozess derzeit noch keine große Hilfe beim Erreichen des Neutralitätsziels sind – im Gegenteil. Aus unserer Sicht muss daher durch geeignete Maßnahme kurzfristig überall, wo es sinnvoll und möglich ist, eine CO²-neutralität angestrebt werden. Auf dem Markt fossiler Verbrennungsalternativen hat sich in den vergangenen Jahren viel getan! Deshalb wünschen wir uns, dass die Stadt die Nutzbarkeit alternativer Kraftstoffe für ihre eigene Fahrzeugflotte prüft.“



„Deshalb wünschen wir uns, dass die Stadt die Nutzbarkeit alternativer Kraftstoffe für ihre eigene Fahrzeugflotte prüft.“

FOTO: GETTY IMAGES / CANVA DESIGN

Mit diesem Vorstoß sind die Christdemokraten im Rat der Stadt auf breite Zustimmung gestoßen. Allein die Grünen und die Linken haben ihre Stimmen verweigert. „Sie stimmen tatsächlich aktiv gegen mehr Klimaschutz in Oberhausen. Ein Schelm, wer Böses denkt“, kommentiert Frank Bandel die Ablehnung.

„Wenn alternative Kraftstoffe eine Einsparung von bis zu 90 % des bisherigen CO²-Ausstoßes versprechen, dann müssen wir reagieren“, unterstreicht die CDU-Fraktionschefin

Simone-Tatjana Stehr die Initiative ihrer Fraktion. Besonders der in Europa zugelassene synthetische Kraftstoff HVO-100 bietet die Möglichkeit, unsere bisherigen und normalen Dieselfahrzeuge deutlich feinstaubärmer und CO²- und stickoxidschonender zu betreiben. Ein Gewinn für Klima und Mobilität und so auch für die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen. Aus unserer Sicht lädt das zum Handeln ein. Umso erstaunlicher, dass das nicht alle so sehen.“

Sofortprogramm Kita – Landesregierung startet Maßnahmenpaket

ERZIEHUNG Die CDU-geführte Landesregierung hat mit den kommunalen und freien Trägern ein Maßnahmenpaket vereinbart, um die Situation in der Kindertagesbetreuung zu verbessern

Die Oberhausener Christdemokraten begrüßen die Initiative mit der auf die Folgen von Fachkräftemangel, Krankheitswellen und Corona reagiert wird.

„Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sind auch in Oberhausen durch den andauernden Fachkräftemangel und Krankheitswellen massiv belastet“, beschreibt Simone-Tatjana Stehr, Vorsitzende der CDU-Fraktion in Oberhausen, einen Teil der Herausforderungen in Kindertageseinrichtungen. „Deshalb sind wir froh und dankbar, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Trägern Verantwortung übernimmt und ein ‚Sofortprogramm Kita‘ auf den Weg gebracht hat.“



Ulrike Willing-Spielmann

„Erste und notwendige Maßnahmen wurden kurzfristig angestoßen“, lobt Ulrike Willing-Spielmann, Sprecherin der CDU-Fraktion im Jugendhilfeausschuss, die Initiative. „Das Programm verfolgt über-

geordnet zwei wesentliche Schwerpunkte: Zum einen, mehr Beschäftigte in unsere Kitas zu holen und zum anderen, das Personal zielgerichteter und flexibler einzusetzen. Mit dieser klaren Ausrichtung geht die Landesregierung deutliche Schritte in die richtige Richtung.“ „Diesen Schritten müssen zügig

weitere folgen“, ergänzt Stehr. „Bildung, Erziehung und Betreuung müssen uns jede Anstrengung und jeden Cent wert sein. Das erste Paket betrachten wir als Startschuss, dessen Wirkung und Weiterentwicklung wir auch für Oberhausen aufmerksam im Blick haben.“

FOTO: OKSANA HUPRYCH / CANVA DESIGN



„Bildung, Erziehung und Betreuung müssen uns jede Anstrengung und jeden Cent wert sein.“

CDU fordert zusätzlichen Schutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung

Die städtische Verwaltung soll auf Wunsch der Politik zum Schutz ihrer Angestellten mit einem System gegen Bedrohung, Nötigung und körperliche Gewalt ausgestattet werden.

Die Oberhausener CDU-Fraktion hat die Prüfung und anschließende Einführung eines Zentralen Melde- und Auskunftssystems in der Oberhausener Stadtverwaltung vorbereitet. Mit dieser Maßnahme sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser vor Übergriffen geschützt werden. Der Rat der Stadt folgte der Idee mit breiter Mehrheit, sodass die Rahmenbedingungen geklärt werden und dann die Einführung des Systems erfolgen kann.

„Das sogenannte ZeMAG dient aus unserer Sicht als niederschwellige Ergänzung zu bereits getroffenen Maßnahmen der Stadt. Es ist eine Konsequenz auf die Gewaltangriffe im Jugendamt im vergangenen Jahr, aber auch auf eine gesellschaftliche Entwicklung, die uns besorgt“

ordnet die CDU-Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr das Anliegen ihrer Fraktion ein. „Die Stadt hat nach den Angriffen auf das Jugendamt entschlossen und schnell

reagiert. Wir wollen einen Schritt weiter gehen und die Sicherheit aller städtischen Beschäftigten, die im Kunden- und Bürgerkontakt stehen, optimieren. Dass Übergriffe, wie wir sie beispielsweise auch gegen Polizistinnen bzw. Polizisten, Lehrkräfte und viele andere Berufsgruppen erleben, die tagtäglich für unsere Gesellschaft arbeiten, mittlerweile schon eingepreist werden, ist beschämend. Es zeigt, dass unsere Gesellschaft in eine Schiefelage gerät. Uns ist bewusst, dass es keinen absoluten Schutz gibt, aber ein solches Schutzsystem bietet Sicherheit und entspricht der Fürsorgepflicht, die auch die Stadt hat.“

Frank Bandel, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion betont: „Die Notwendigkeit unseres Vorstoßes ist letztlich eine Schande. Das System erfasst Bedrohungen, Nötigungen, Sachbeschädigungen, körperliche Gewalt, Einsatz von Waffen und dergleichen. Es geht nicht um Beleidigungen, sondern um Tatbestände, die sehr aktiv das leibliche Wohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefährden und davor wollen wir sie so gut wie möglich schützen.“

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt
Oberhausen (Seiten 2, 4, 5, 7)
Rathaus, Raum 256
Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 825-2135/-2719
E-Mail:
fraktion@cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.:
Simone-Tatjana Stehr
Redaktion:
Tobias Henrich
Gestaltung:
Freunde & Ernst, Essen



FOTO: GETTY IMAGES / CANVA DESIGN

„Die Lehrkräfte und das Fachpersonal sind der Schlüssel zu einer guten Ausbildung.“

CDU gegen Personalnot an Schulen

SCHULPOLITIK Die bildungspolitischen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen sind vielfältig und komplex: Vom Lehrermangel über Gewalt an Schulen bis hin zum Rechtsanspruch für den Offenen Ganzttag. Das CDU geführte Schulministerium geht diese Herausforderungen aktiv an und bringt vielversprechende Maßnahmen auf den Weg

Immer weniger Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen (NRW) erreichen die Bildungsstandards. Ein Trend, der sich nicht erst durch die Pandemie alarmierend entwickelt hat. Hinzu kommt, dass seit Beginn des russischen Angriffskriegs 37.000 neu zugewanderte Kinder und Jugendliche aus der Ukraine – größtenteils mit wenigen oder keinen deutschen Sprachkenntnissen – eine Schule in NRW besuchen und integriert werden müssen.

Allein diese beiden unvorhergesehenen Ereignisse stellen die gesamte Bildungspolitik vor immer größer werdende Aufgaben. Fehlendes Personal bildet dabei das Kernproblem. Die zentrale Frage der aktuellen Bildungspolitik formuliert Gundula Hausmann-Peters, Schulexpertin der CDU-Ratsfraktion, wie folgt: „Wie kann es gelingen, dem akuten Lehrkräftemangel entgegenzusteuern, um

flächendeckend Unterrichtsversorgung mit gut ausgebildetem Fachpersonal zu garantieren?“ Die amtierende Bildungsministerin Dorothee Feller (CDU) habe mit dem „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ ein erstes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das kurz- wie langfristig wirken soll und Studierenden, Referendaren und Lehrkräften zugutekommen wird, ist die Oberhausener CDU überzeugt.

Ein zentraler Punkt sei die Anknüpfung, Studienplatzkapazitäten für das Grundschullehramt und die sonderpädagogische Förderung zu erhöhen. „Das ist eine sinnvolle und absolut notwendige Maßnahme. Denn die 10.000 geplanten, zusätzlichen Lehrkräfte bedingen auch eine Erhöhung der Studienplätze“, so Hausmann-Peters.

Darüber hinaus sollen die Teilzeitregelungen für Pädagogen eingeschränkt und Abordnungen erleichtert werden. Als besonderer Coup gelte die Wertschätzungsoffensive, die sich durch eine schrittweise Anhebung der Besoldung auf A13 zeige. „Abzuwarten ist, wie sich das Gesamtkonzept auswirkt, denn klar ist: Um allen gerecht zu werden und bestmöglich zu unterrichten und zu fördern, braucht es bestens qualifizierte Fachkräfte. Zugangserleichterungen und Seiteneinstieg dürfen keine Qualitätsverluste provozieren. Lehrkräfte und Fachpersonal sind der Schlüssel zu einer guten Ausbildung. Wir brauchen qualifizierte Menschen für hochkomplexe und verantwortungsvolle Aufgaben“, fasst die Fraktionsvorsitzende, Simone-Tatjana Stehr, zusammen.



Gundula Hausmann-Peters

Oberhausen verleiht Auszeichnung „Vorbildlich familienfreundliches Unternehmen 2023“

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss in Unternehmen vorangetrieben werden. Mit Angeboten wie von der „Gehring Group Giraffenland“ (Betriebskita mit Schulkinderbetreuung) für die Beschäftigten und umliegende Firmen sowie dem familiären Arbeitsklima bei der Arbeit mit Menschen mit Behinderung in der Alsbachtal gGmbH überzeugten die Preisträger. Wir gratulieren herzlich und hoffen, dass sich auch in den kommenden Jahren viele Unternehmen mit innovativen Konzepten bewerben.

CDU



ULRIKE WILLING-SPIELMANN
CDU-RATSFRAU UND
JURYMITGLIED



Fragen an

Dr. Martin Florack

Der Politikwissenschaftler Martin Florack lebt in Oberhausen und ist auch vor Ort gefragt, wenn es darum geht, Wahlen und aktuelle politische Ereignisse in Landes- und Bundespolitik zu analysieren.

Herr Dr. Florack, in Berlin wurde kürzlich neu gewählt. Ein positiver Trend für die CDU. Was erwarten Sie mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Bremen, Bayern und Hessen?

Der früher beobachtbare Trend, dass Landtagswahlen zur Abrechnung mit der Bundespolitik und insbesondere der jeweiligen Bundesregierung genutzt werden, hat sich verflüchtigt. Vielmehr zeigt sich in den vergangenen Jahren ein neues Muster, nach dem vor allem die jeweiligen Ministerpräsidenten und ihre Parteien gestärkt aus Landtagswahlen hervorgehen. Die jüngste Wahl in Berlin ist da insofern eine der wenigen Ausnahmen, die aber angesichts ihrer besonderen Rahmenbedingungen die allgemeine Regel eher bestätigt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiederwahl ist meist, dass die jeweiligen Amtsinhaber einen erkennbaren Amtsbonus aufgebaut haben. Angesichts der besonderen Ministerpräsidentenlastigkeit der Landespolitik – sie sind häufig die einzigen politischen Akteure auf Landesebene, die überhaupt landesweit bekannt sind – ist das meist der Fall. Das zählt dann positiv am Wahltag ein, durchaus auch entkoppelt von der sonstigen bundespolitischen Stimmungslage. Sollte dieses Muster auch in diesem Jahr greifen, deutet das auf verteilte Gewinnchancen zwischen CDU und SPD hin. In Bayern wiederum wird sich sicher eine ganz besondere Gemengelage ergeben, die durch die jüngste Novelle des Bundestagswahlrechts noch einmal zusätzlich Dynamik gewinnen wird.

Schwarz-Grün in NRW arbeitet konsequent den Koalitionsvertrag ab. Die Zusammenarbeit wirkt zielstrebig und gut. War das erwartbar?

Es gibt zahlreiche Vorbilder für die Zusammenarbeit von CDU und Grünen in vielen Kommunen und anderen Bundesländern. Mit Blick auf die jeweiligen Motive ergänzen sich beide Partner: Die Union konnte ihr Hauptziel erreichen, weiterhin den Ministerpräsidenten zu stellen und einen erneuten Wechsel hin zur SPD zu verhindern. Denn man darf nicht vergessen: Seit 2000 ist NRW immer mehr zum „swing state“ geworden und die jeweiligen Ministerpräsidenten konnten ihre Macht nicht langfristig sichern. Für die Grünen wiederum bot das Bündnis die Gelegenheit, die harten Oppositionsbände im Düsseldorfer Landtag zu verlassen. Die rechnerische Alternative eines Dreierbündnisses hätte ihnen keine Vorteile geboten und die Zusammenarbeit mit der SPD war aus Sicht vieler Grüner auch nicht immer eine Wunschkonstellation. Die beiden Parteien eint also der Wille zur Macht.

Der langfristige Erfolg der Landesregierung wird allerdings nicht entlang von Haltungsnoten beurteilt werden und auch der Koalitionsvertrag alleine wird nicht der Gradmesser für erfolgreiches Regieren sein. Es wird interessant sein zu sehen, ob langfristige echte Gestaltungsziele verfolgt werden oder ob sich die Koalition im geräuschlosen Nebeneinander ergeht.

Der Bundeskanzler fällt vor allem dadurch auf, dass er weder sich noch das Handeln seiner Regierung offensiv erklärt. Wie ist dieses Vorgehen zu bewerten?

Die aktuelle bundespolitische Konstellation ist eine doppelte Rückkehr zum echten Parteienwettbewerb. Zum einen konkurriert die Ampelregierung mit der Union als großer Oppositionspartei. Insofern sucht der Kanzler die Abgrenzung vom Oppositionsführer. Die politischen Lähmungserscheinungen der Großen Koalition werden so sukzessive überwunden und das produziert wieder erkennbare Alternativen.

Aber auch innerhalb der Ampelregierung gibt es unterschiedliche Stile in Form und Inhalt. Man kann die beinahe stoische Kommunikation des Kanzlers auch als Ergänzung und Abgrenzung von der politischen Kommunikation seiner Mitkoalitionäre verstehen. Insofern eröffnet die Ampel auch hier neue Möglichkeiten der Profilierung und des Wettbewerbs.